H. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

780
AFP-Richtlinie; Zweite Änderung


Bezug:

1. Der Bezugs-RdErl. wird wie folgt geändert:
   a) Nummer 1.1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchstabe l erhält die Fußnote 1 folgende Fassung:
      bb) Nach Buchstabe r wird folgender Buchstabe s eingefügt:
   b) In Nummer 2.2 Abs. 1 Buchst. c werden nach dem Wort „Pflanzenschutzmitteln“ die Wörter „oder zu einer deutlichen Minderung von Umweltbelastungen durch gezielte Unkrautbekämpfung mittels neuerartiger mechanischer Verfahren“ eingefügt.
   c) Nummer 4.3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchstabe a werden die Wörter „eine angemessene Eigenkapitalbildung“ durch die Wörter „der Erfolg der bisherigen Bewirtschaftung“ ersetzt.
      bb) In Buchstabe c wird der Teilsatz „; hierbei ist die Ausgangssituation des Unternehmens, insbeson-
dere aufgrund der Vorwegbuchführung und der Eigenkapitalbildung des Unternehmens zu analysieren" gestrichen.

d) In Nummer 4.5 Abs. 1 Buchst. a werden die Wörter „statt einer angemessenen Eigenkapitalbildung" gestrichen.

e) In Nummer 6.4 Satz 2 erhält die Fußnote 6 folgende Fassung:


f) Nummer 7.5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Buchstabe f wird folgender neuer Buchstabe g eingefügt:

„g) der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.“.

bb) Der bisherige Buchstabe g wird Buchstabe h.

g) In Anlage 1 Teil A Nr. 11.3 Satz 2 werden nach dem Wort „muss“ die Wörter „für Junghennen“ eingefügt.

h) Anlage 2 wird wie folgt geändert:


bb) Nummer 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Darlehensnehmer hat so weit wie möglich Sicherheiten – vorrangig Grundpfandrechte – zur Verfügung zu stellen.“

cc) Es werden die folgenden Nummern 6 und 7 angefugt:

.6. Entgeltberechnung

Der Darlehensnehmer hat eine marktübliche Provision (einschließlich Risikoentgelt) für die Gewährung der Bürgschaft zu entrichten.

Mit Aushändigung der Bürgschaftserklärung wird ein einmaliges Bearbeitungsentgelt in Höhe von 1,0 v. H. des verbürgten Kreditbetrages fällig, mindestens 400 Euro. Das Bearbeitungsentgelt ist an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu entrichten und vom Antragsteller zu tragen.

Für übernommene Ausfallbürgschaften ist zusätzlich vom Kreditnehmer jährlich eine laufende Provisions in Höhe von 1,5 v. H. des verbürgten Kreditbetrages (Verwaltungskosten und Risikoentgelt) an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu entrichten. Das darin enthaltene Risikoentgelt beträgt 1,0 v. H. der Darlehensverlaut.

Die Risikoentgelte stehen Bund und Land im Verhältnis zur übernommenen Ausfallgarantie zu.

Das vereinnahmte Risikoentgelt ist einmal für jedes vorausgegangene Kalenderjahr spätestens bis zum 31.1. von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt an das Ministerium zu überweisen.

An den Bund sind 60 v. H. der vereinnahmten laufenden Bürgschaftsentgelte abzuführen.

7. Das weitere Verfahren für die Beantragung und Gewährung der Bürgschaft ergibt sich aus den Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

i) Anlage 5 wird wie folgt geändert:

aa) In den Nummern 1.1, 1.2 und 1.3 wird jeweils das Wort „Pumpentankerwagen“ durch das Wort „Tankwagen“ ersetzt.


cc) Es wird folgende Nummer 3 angefügt:

.3. Mechanische Unkrautbekämpfung

Maschinen und Geräte zur mechanischen Unkrautbekämpfung für Reihenkulturen, die über eine elektronische Reihenführung (mittels Global Positioning System (GPS), Ultraschall oder optischer Sensoren) verfügen.

Maschinen und Geräte mit einer mechanischen Reihenführung (z. B. durch Taster) sind nicht förderfähig.


An

die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

das Landesverwaltungsamt

die Investitionsbank Sachsen-Anhalt